



2009/46 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2009/46/gm-sei-dank>

Opel bleibt bei GM

GM sei Dank

Von **Axel Berger**

Opel bleibt Teil des US-amerikanischen Konzerns General Motors.

Endlich ist Schluss. General Motors (GM) wird Opel behalten und beendet damit den Eiertanz des vergangenen halben Jahres. Zweifellos ist dies eine der Folgen der Konsolidierung des Automobilkonzerns, der nicht nur im dritten Quartal dieses Jahres erstmals wieder schwarze Zahlen schrieb, sondern durch die Insolvenz nach amerikanischem Recht auch auf einen Schlag 40 Milliarden Schulden los geworden ist.

Was genau den Verwaltungsrat von GM unter seinem neuen, von der US-Regierung eingesetzten Chef Edward Whitacre dazu bewogen haben mag, den erst am 10. September bestätigten Deal mit Magna doch nicht zu unterzeichnen, wird vermutlich nie ganz geklärt werden. Eines ist aber sicher: Opel, ob in den Händen von GM oder eines Konsortiums um das weltgrößte Autozulieferunternehmen, ist ohne staatliche Hilfen, drastische Lohnkürzungen und zahlreiche Entlassungen nicht lebensfähig.

Eigentlich könnte es der Belegschaft daher völlig egal sein, wer in den kommenden Jahren – manche sagen, man solle von den verbleibenden Jahren reden – ihre Geschicke bestimmen wird. Angesichts von enormen Überkapazitäten in der internationalen Autoproduktion und einem schrumpfenden Anteil Opels am Markt sind sichere Jobs und Löhne auf derzeitigem Niveau sowieso nicht zu erwarten. Dass der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats, Klaus Franz, dennoch von »Enttäuschung, Wut und Frustration« sprach, deutet an, dass der nationale »Kampf um Opel« (Bild) noch nicht beendet ist.

Magna als künftigen Eigentümer zu favorisieren, entsprang keineswegs der Einsicht in ein überlegenes betriebswirtschaftliches Konzept oder dem Glauben an sozial verträglichere Entlassungen. Was Franz, die IG Metall und die Bundesregierung an Magna band, war das Versprechen, der Schließung der Werke in Rüsselsheim, Eisenach, Kaiserslautern und Bochum die Schließung der Werke in Saragossa, Luton und Antwerpen vorzuziehen. Dafür hätte das Konsortium Überbrückungskredite und Bürgschaften erhalten. Die Bigotterie der deutschen Gewerkschafter wird nun offenbar, die zwar gern von europäischer Solidarität sprechen, aber mit ihren lautstarken Forderungen nach Staatsgeldern und ihren Angeboten, auf Lohn zu verzichten, stets Standortpolitik gegen ihre Kollegen im europäischen Ausland betrieben haben. GM will auch nicht mehr als das, was Magna zugesagt wurde: Bürgschaften in Höhe von drei Milliarden Euro von der Bundesregierung und einen Lohnverzicht von insgesamt 265 Millionen Euro von den Beschäftigten. Auch Magna wollte 10 000 Stellen streichen, ganz so, wie es GM angekündigt hat. Der Unterschied besteht also lediglich darin, wo gestrichen wird. So rächt sich

jetzt die nationale Strategie der IG Metall. Eine europäische Front von Gewerkschaftern gegen den »extrem rüden Führungsstil« von GM, wie sie Berthold Huber angekündigt hat, dürfte nach dem bisherigen Agieren der deutschen Metaller wohl kaum zustande kommen. Auch wird man die übereilten Zusagen, auf einen Teil der Löhne zu verzichten, nicht so leicht zurücknehmen können. »Erpressung« nennt Franz dieses Desaster.

Immerhin einen Sieger könnte es hierzulande geben: den ansonsten so gebeutelten Steuerzahler. Die Sozialisierung der Verluste, marxistisch gesprochen ein Sieg der partikularen über die allgemeinen Klasseninteressen, scheint weniger wahrscheinlich geworden zu sein. Die Blamage der Standortpolitiker in den Betriebsräten und in der IG Metall kann man also getrost mit Häme aufnehmen. So bitter es für manchen Opelner ist: GM sei Dank.